



4. Bericht des Gemeinderates betreffend  
Wahl eines Ersatz-Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission  
und gleichzeitiges Ersatz-Mitglied der Wirksamkeitsprüfungskommission  
anstelle der nachgerückten Margaret Wagner, SP-Fraktion,  
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.06.2004) Geschäft 3285
  
5. Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Verkehrs- und  
Planungsfragen betreffend  
Strassennetzplan gesamtes Gemeindegebiet und Teilrevision  
des Strassenreglementes, 1. Lesung Geschäft 3224/A
  
6. Bericht des Gemeinderates betreffend  
Bauteuerung der neuen Gemeindeverwaltung Geschäft 3281
  
7. Bericht des Gemeinderates betreffend  
Verbesserung der Informationsdichte durch den Gemeinderat  
Postulat 3189, Alexandre Philipp, FDP-Fraktion Geschäft 3189A
  
8. Postulat der CVP/SVP-Fraktion betreffend  
Ganzjährige Nutzbarmachung des Ausstellungsraumes im Mühlistall Geschäft 3250

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates
  - FRAGESTUNDE
- 

#### **Die Protokollführerin**

Christine Graf

---

#### **Einwohnerratsprotokoll Nr. 9 vom 16. Mai 2001**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

#### **Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil**

Peter Humbel

---

### **Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

Der Vorsitzende **Peter Humbel** begrüsst die Anwesenden zur heutigen Plenarsitzung. Speziell begrüsst wird das neue Hauswartehepaar H. und A. Gloor.

- Der Regierungsrat des Kantons Basel-Landschaft hat den Waldbaulinienplan „Neuweilerstrasse Süd“ am 6. Mai 2001 genehmigt.
- Plenarsitzung vom 13. Juni: Das Büro des Einwohnerrates wird am Montag, 28. Mai 2001 entscheiden, ob die Rechnungssitzung vom 13.6. aufgrund der umfangreichen zur Beratung anstehenden Geschäfte bereits um 17.30 Uhr beginnen soll.

### **Traktandenliste**

Der Vorsitzende **Peter Humbel** stellt die Traktandenliste zur Diskussion.

**://:**

Die Traktandenliste für die heutige Plenarsitzung wird ohne Aenderungen gutgeheissen.

### **Neue parlamentarische Vorstösse**

- Interpellation von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Streitigkeiten zwischen der Feuerwehr Allschwil und der Sanität Basel-Stadt, Geschäft 3288
- Postulat von Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, betreffend Schaffung einer angemessenen Feier für Hochzeitsjubilarpaaire, Geschäft 3289
- Interpellation von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Schwund der Allschwiler Wohnbevölkerung, Geschäft 3291

Der Vorsitzende **Peter Humbel** gibt bekannt, dass Begründungen zu den neu eingereichten Vorstössen nach der Pause vorgebracht werden können.

### **Neues Parlamentsmitglied**

Stefan Brügger, CVP/SVP-Fraktion, per 1. April 2001 (nachgerückt für Hildi Hirschfeld).

---

119 01.030 Einwohnerrat

**Bericht des Gemeinderates betreffend  
Nachrücken von Stefan Brügger in den Einwohnerrat  
anstelle von Hildi Hirschfeld, CVP/SVP-Fraktion,  
für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004),  
Geschäft 3271**

---

Der Vorsitzende **Peter Humbel** heisst das neue Parlamentsmitglied herzlich willkommen und wünscht ihm viel Erfolg in seiner politischen Tätigkeit.

*://:*

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird vom Nachrücken des Stefan Brügger, CVP/SVP-Fraktion, in den Einwohnerrat anstelle der zurückgetretenen Hildi Hirschfeld für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) Kenntnis genommen.

*Mitteilung an:*

- Stefan Brügger, CVP/SVP-Fraktion (als Wahlanzeige)
- Dr. Anton Lauber, Präsident CVP
- Thomas Bartlome, Präsident SVP
- HA Zentrale Dienste

---

120 01.032 Kommissionen des Einwohnerrates

**Bericht des Gemeinderates betreffend Wahl eines Mitglieds in die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen anstelle der zurückgetretenen Hildi Hirschfeld, CVP/SVP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004), Geschäft 3272**

---

Seitens der CVP/SVP-Fraktion liegt folgende schriftliche Nomination vor:

Dr. Ivo Corvini.

**//:**

Auf Antrag des Vorsitzenden **Peter Humbel** wird Stille Wahl beschlossen.

**//:**

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird als Mitglied der CVP/SVP-Fraktion in die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen anstelle der zurückgetretenen Hildi Hirschfeld für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) in stiller Wahl gewählt:

Dr. Ivo Corvini.

*Mitteilung an:*

- Dr. Ivo Corvini, CVP/SVP-Fraktion (als Wahlanzeige)
- Dr. Anton Lauber, Präsident CVP
- Thomas Bartlome, Präsident SVP
- HA Zentrale Dienste

---

121 01.032 Kommissionen des Einwohnerrates

**Bericht des Gemeinderates betreffend Wahl eines Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission anstelle des zurückgetretenen Mark Aellen, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004), Geschäft 3284**

---

Seitens der SP-Fraktion liegt folgende schriftliche Nomination vor:

Margaret Wagner-Jung.

**://:**

Auf Antrag des Vorsitzenden **Peter Humbel** wird Stille Wahl beschlossen.

**://:**

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird als Mitglied der SP-Fraktion in die Geschäftsprüfungskommission und gleichzeitiges Mitglied der Wirksamkeitsprüfungskommission anstelle des zurückgetretenen Mark Aellen für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) gewählt:

Margaret Wagner-Jung.

*Mitteilung an:*

- Margaret Wagner, SP-Fraktion (als Wahlanzeige)
- Sekretariat SP Allschwil-Schönenbuch, p/a Erika Fluri, Postfach 1156, 4123 Allschwil 1
- HA Zentrale Dienste

---

122 01.032 Kommissionen des Einwohnerrates

**Bericht des Gemeinderates betreffend Wahl eines Ersatz-Mitglieds der Geschäftsprüfungskommission anstelle der nachgerückten Margaret Wagner, SP-Fraktion, für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004), Geschäft 3285**

---

Seitens der SP-Fraktion liegt folgende schriftliche Nomination vor:

Christoph Morat.

*://:*

Auf Antrag des Vorsitzenden **Peter Humbel** wird Stille Wahl beschlossen.

*://:*

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates wird als Ersatz-Mitglied der SP-Fraktion in die Geschäftsprüfungskommission und gleichzeitiges Ersatz-Mitglied der Wirksamkeitsprüfungskommission anstelle der nachgerückten Margaret Wagner für den Rest der laufenden Legislaturperiode (bis 30.6.2004) gewählt:

Christoph Morat.

*Mitteilung an:*

- Christoph Morat, SP-Fraktion (als Wahlanzeige)
- Sekretariat SP Allschwil-Schönenbuch, p/a Erika Fluri, Postfach 1156, 4123 Allschwil 1
- HA Zentrale Dienste

**Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen betreffend Strassennetzplan gesamtes Gemeindegebiet und Teilrevision des Strassenreglementes, 1. Lesung, Geschäft 3224 / 3224A**

**Hanspeter Frey**, Präsident der vorberatenden Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen, weist auf die spezielle Bedeutung der Beratung des Strassennetzplans für die Gemeinde Allschwil hin. Die bisherige Planung beruhe weitgehend auf einem Bebauungsplan aus dem Jahr 1926.

Der Sprechende geht im Detail auf den Kommissionsbericht 3224A ein. Dieser liegt dem Protokoll bei und ist integrierender Bestandteil desselben. Die Anträge der VPK stimmen ausser in Punkt 1 mit den Anträgen des Gemeinderates überein. Kernpunkt der Anträge bildet die Empfehlung der VPK, die Parkallee von der Baslerstrasse bis zum Hegenheimermattweg als Hauptverkehrsstrasse im Strassennetzplan aufzunehmen. Hanspeter Frey weist im Speziellen darauf hin, dass der Strassennetzplan Freiräume bilden soll, um die nächsten Stufen für die allgemein verbindlichen Bau- und Strassenlinienpläne zu schaffen. Es sind keine technischen Lösungen zu beraten, sondern es ist ein übergeordneter Entscheid zu treffen. Beim negativen Volksentscheid von 1985, bei dem die Verlängerung der Parkallee deutlich abgelehnt wurde, sei es bereits um ein Detailprojekt gegangen, was nicht vergleichbar sei. Abschliessend bittet der Kommissionssprecher, auf die Vorlage einzutreten und den Anträgen der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen zu folgen.

Der Vorsteher des Departements Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**, zeigt mittels Hellraumfolien die Differenzen zwischen den Berichten des Gemeinderates und der VPK sowie zwischen altem und neuem Strassennetzplan auf. Ebenfalls unterbreitet er einige Visionen in Sachen Verkehr. Sämtliche Unterlagen liegen diesem Protokoll bei und sind Bestandteil desselben. Der Gemeinderat hat sich bei der Ausarbeitung des Berichtes an die beiden negativen Volksentscheide aus den Jahren 1972 und 1985 gehalten. Weil der Gemeinderat den Blick aber auch in die Zukunft richtet, hat er den Antrag 1.1 der VPK betreffend Parkallee-Verlängerung als Hauptverkehrsstrasse nicht bekämpft. Paul Schüpbach erläutert den Bebauungsplan aus dem Jahr 1926, welcher auch einen Güterbahnhof im linksufrigen Bachgrabengebiet (Hagmatten) vorsah. Auch ein Flughafen auf Allschwiler Boden war geplant. Wie visionär bereits im vorigen Jahrhundert gedacht wurde, zeigt auch die geplante Eisenbahnverbindung zwischen Basel und Blotzheim für CHF 1.1 Mio. Der gemeinderätliche Sprecher zeigt weitere Visionen auf, so zum Beispiel verweist er auf diverse überregionale Strassenplanungen, wie sie die Planungsgruppe „Trinationale Agglomeration Basel“ erstellt hat, und auf die Studie „Verkehrsentlastung Leimental“, die von der Verkehrskommission Leimental - in welcher Allschwil ebenfalls vertreten ist - erarbeitet wurde.

Abschliessend erwähnt auch Paul Schüpbach nochmals, dass es sich beim Strassennetzplan um einen behördenverbindlichen Plan handelt, der den zukünftigen Generationen die Möglichkeit gibt, Strassenzüge zu realisieren. Bei den übrigen Anträgen des Gemeinderates bestehen keine Differenzen zur Verkehrs- und Planungskommission.

## EINTRETENSDEBATTE

**Alexandre Philipp**, namens der FDP-Fraktion, spricht sich für Eintreten auf Geschäft 3224 aus. Die Gründe dafür seien bereits ausführlich von Hanspeter Frey, VPK-Präsident, sowie Gemeinderat Paul Schüpbach dargelegt worden. Die FDP-Fraktion unterstütze auch einstimmig den Antrag der VPK 1.1 bezüglich der Parkallee, weil öffentliche Interessen zu wahren und private Interessen zu respektieren seien, um für neue Entwicklungen im Verkehr gerüstet zu sein und um eine Verkehrsentspannung auf Gemeindegebiet anzustreben. Auch die Anbindung ans Elsass dürfe nicht verbaut werden. Begrüsst werden ebenfalls die übrigen Anträge der VPK, Nrn 1.2. und 1.3.

**Bruno Steiger**, namens der SD-Fraktion, hat gewisses Verständnis für die Beunruhigung, welche die Verlängerung der Parkallee auslöst. Jedoch können dadurch die exponierten Verkehrspunkte Binningerstrasse, Dorfkern und Grabenring massiv entlastet werden. Dort sei die Wohn- und Lebensqualität sehr schlecht. Die Fraktion der Schweizer Demokraten ist in allen Punkten für Eintreten auf Geschäft 3224.

**Jakob Vogt**, namens der CVP/SVP-Fraktion, gibt ebenfalls Zustimmung zum Eintreten bekannt. Die Option, das Areal „Parkallee“ für eine wahrscheinlich recht weite Zukunft freizubehalten, wird unterstützt. Die dort bestehenden Häuser sind an verbindliche Bau- und Strassenlinien gebaut worden. Die Verlängerung Parkallee soll nicht sofort realisiert werden. Auch könne dem Alterszentrum „Am Bachgraben“ kein lauter Strassenverkehr zugemutet werden. Es muss eine verträgliche Lösung gefunden werden, wie z.B. eine überdeckte Strasse. Zur Strassenbreite will sich Jakob Vogt in der Detailberatung äussern.

**Christoph Morat**, namens der SP-Fraktion, sieht einen Sturm der Entrüstung von Seiten Basel-Stadt und den betroffene Allschwiler Quartieren kommen, wenn die Verlängerung der Parkallee Zustimmung findet und dadurch der Mehrverkehr des Allschwiler Gewerbegürtels über deren Wohnquartiere entlastet wird. Die SP-Fraktion ist für Eintreten auf Geschäft 3224.

://:

Eintreten auf Geschäft 3224, Strassennetzplan gesamtes Gemeindegebiet, ist unbestritten.

## DETAILBERATUNG

**Christoph Morat**, SP-Fraktion: Es ist unbestritten, dass Allschwil einen Strassennetzplan benötigt, jedoch sei es gefährlich, einen derart heiklen Punkt wie die Parkallee darin aufzunehmen. Seine persönliche Vision sei die Unterschutzstellung des Bachgrabengebietes, wie dies der Souverän an der Urnenabstimmung von 1985 deutlich gefordert habe. Die Baustelle für eine Verlängerung der Parkallee – ob ober- oder unterirdisch - unterbricht den Bachgraben für längere Zeit, was für viele Leute von Nachteil sei. Die geplante Ueberbauung des UBS-Areals am Sandweg erhöhe die Attraktivität ebenfalls nicht, wenn der gesamte Verkehr durch die Parkallee geführt wird. Die geplante Strasse trenne einmal mehr Neu-Allschwil vom übrigen Allschwil ab. Ob die Parkallee-Verlängerung die Lösung zur Entlastung des Dorfkern-Verkehrs sei, bleibe dahingestellt. Dieser Entscheid betreffe entgegen den heutigen Aussagen sehr wohl die jetzige Generation; dies zeige die fortgeschrittene Planung. Die Zustimmung zum entsprechenden Antrag der VPK sei lediglich eine Planungshürde für die Befürworter der Strasse. Dafür nehme man die Aenderung des Strassennetzplanes in Kauf. Der Sprechende stellt in Frage, ob es sich lohnt, den Strassennetzplan einem allfälligen Referendum oder dem Widerstand der Bevölkerung auszusetzen, wodurch der gesamte Strassennetzplan zu Fall gebracht werden könnte.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, stellt fest, dass seit dem ablehnenden Entscheid betreffend Parkallee-Verlängerung im Jahr 1985 noch kein Generationen-Wechsel stattgefunden hat und heute demnach keine neue Situation vorliegt. Der Gemeinderat höre sich heute Abend anders an, als er dies im Bericht 3224 schriftlich dargelegt habe. Es dürfe keinesfalls eine St. Florians-Politik betrieben werden, in dem der Verkehr von einem Quartier in ein anderes verlagert wird. Er zitiert Gemeinderat Paul Schüpbach mit seiner Aussage, dass der Zubringer Allschwil im Jahr 2006 abgenommen werden muss und die Verbindungsstrasse Hegenheimermattweg bis zur Landesgrenze Schweiz/Frankreich (Zoll Allschwil 2) geplant sei. Diese Aussagen hätten ihn sehr erschreckt, weil diese doch schon sehr konkret seien. Den ebenfalls geplanten Sportplatz im linksufrigen Bachgrabengebiet (heutige Golf-Driving-Range) kann sich der Votant, abgeschnitten durch eine grosse Verkehrsachse, nicht vorstellen. Er überlegt sich, diesbezüglich einen parlamentarischen Vorstoss einzureichen, der darauf zielt, diese Anlage nicht zu realisieren (Gemeindebauten, 3. Etappe). In der Parkallee sind 500 Wohneinheiten oder Familien betroffen. Jean-Jacques Winter kündigt Opposition an.

Für **Felix Mensch**, CVP/SVP-Fraktion, bedeutet der Strassennetzplan ein Freihalten von Flächen für mögliche Strassenzüge. Er hält den Visionen die Illusionen von Jean-Jacques Winter entgegen. Mindestens die Hälfte der 500 Familien in der Parkallee seien Verkehrsteilnehmer mit Auto. Sei die Durchfahrt erschwert, wachse auch das Risiko. Dies sei eine Realität, der man sich nicht verschliessen dürfe. Freihalten müsse man den Raum für die allfällige Verlängerung der Parkallee, dazu sei man verpflichtet.

**Olivier Rügsegger**, SP-Fraktion, nennt vier „Utopien“, die im Raum stehen:

1. Es geht um das Gewerbegebiet am Bachgraben: Stimme nicht; es gehe ausschliesslich um die Erschliessung von Frankreich.
2. Es gibt eine Lösung am Bachgraben, die für die Parkallee-Anwohnerschaft erträglich ist: Stimme nicht; auch eine unterirdische Lösung bringe während mehreren Jahren Bauverkehr.
3. Der Verkehr ab Grabenring nimmt ab: Stimme nicht; neue Zubringerstrassen von Frankreich würden neuen Verkehr nach Allschwil bringen.
4. Die Parkallee-Verlängerung wird für Allschwil gebaut: Stimme nicht; es werde mehr Verkehr durch Allschwil durch nach Basel geführt. Man müsse davon wegkommen, die Stadt für jeden Autofahrer erschliessbar machen zu wollen. Hier fehle der gegenseitige Nachbarschaftsgedanke, bei dem man Rücksicht aufeinander nehme.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, kann nicht alle gegen den Ausbau der Parkallee genannten Argumente nachvollziehen. Er ruft zur Solidarität mit den lärmgeplagten Allschwilerinnen und Allschwilern auf. Die Bus-Linie 33 könnte man ins Industriegebiet linksufriger Bachgraben weiterziehen, damit auch dem öffentlichen Verkehr Rechnung getragen wird. Er bittet um Zustimmung zum Ausbau der Parkallee.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, bezüglich Freihalten von Boden für eine allfällige Parkallee-Verlängerung: Nach seinem Wissen sei die besagte Fläche bereits frei und biete eine wunderbare Naherholungszone. Sollte der heutige Veloweg zu einer 2-spurigen Fahrbahn ausgebaut werden, würde diese Fläche beim Sportplatz „Im Brühl“ verloren gehen. Im Weiteren bittet der Votant um Bestätigung der vorher zitierten Aussagen von Gemeinderat Paul Schüpbach bezüglich Zubringer Allschwil und Verbindungsstrasse Hegenheimermattweg-Landesgrenze F.

**Paul Schüpbach** zitiert einen Bericht von Regierungsrätin Barbara Schneider, der die Möglichkeit anspricht, dass Allschwil im Jahr 2006 den Zubringer abnehmen muss. Möglich ist auch, dass im Jahr 2006 lediglich mit dem Bau begonnen wird. Der Gemeinderat sieht einen Zeitraum von insgesamt ca. 10 Jahren. Das Budget der Hauptabteilung Tiefbau/Umwelt für das Jahr 2001 beinhaltet die Planung des Strassenabschnittes vom Hegenheimermattweg zur französischen Grenze, und dieser Betrag wurde vom Einwohnerrat genehmigt.

**Olivier Rügsegger**, SP-Fraktion, zum Votum von Bruno Steiger: Utopie Nr. 5 sei, dass die Sozialisten nicht betroffen seien. Er sei als Anwohner der Baslerstrasse sehr wohl betroffen. Betreffend Utopie Nr. 1: Der Verkehr auf dem Grabenring nehme keineswegs ab, wenn er mittels Autobahnanschluss an der Grenze zu Frankreich abgenommen werde. Dies sei nicht umgelagerter, sondern zusätzlicher Verkehr. Eine letzte Utopie: Die Verlängerung Parkallee sei eine Vision: Stimmt nicht; es handle sich um ein konkretes Projekt, denn spätestens 2006 oder 2010 werde diese Strasse gebaut, wenn heute dem Antrag der VPK gefolgt wird.

**Jürg Gass**, SP-Fraktion, wohnt an der Binnerstrasse und kennt das dortige Verkehrschaos aus eigener Erfahrung. Er glaubt nicht an eine Verkehrsberuhigung durch die Verlängerung der Parkallee. In den Städten wird der Verkehr laufend reduziert - und Allschwil öffnet sich dafür. Für Verkehrsberuhigungen müsse man den Verkehr unattraktiv gestalten. Die Parkallee-Verlängerung sei keine Lösung für eine Verkehrsberuhigung.

**Jakob Vogt**, CVP/SVP-Fraktion: Es gehe beim heutigen Entscheid wirklich darum, dieses Areal frei zu halten. Wird dies nicht so beschlossen, steht dieses Strassenareal auch Baugesuchen offen. Der Sprechende glaubt nicht an eine rasche Umsetzung der Verlängerung Parkallee, auch wenn die Strasse vom Elsass her realisiert wird. Er ist für die Zustimmung zum VPK-Antrag betreffend Parkallee-Verlängerung, auch wenn dieser Entscheid erst für zukünftige Generationen von Nutzen ist.

**Lukas Rosenthaler**, SP-Fraktion, hält den Nachbarschaftsgedanken für sehr wichtig. Die städtischen Nachbarn im Gebiet Wanderstrasse seien schon heute vom Verkehr stark belastet. Zusätzlicher Verkehr kann diesen nicht zugemutet werden. Der Votant sieht im VPK-Antrag ein System, welches die Baupläne zusätzlich vorantreiben wird. Aus diesem Grund ist die SP-Fraktion gegen den VPK-Antrag.

**Hanspeter Frey**, VPK-Präsident, bittet nochmals um eine übergeordnete Sichtweise zu diesem Geschäft. Das Gewerbegebiet von Allschwil sei über zwei Verkehrsknoten angeschlossen. Es sei nun Sache der Gemeinde Allschwil, dieses an das übergeordnete Strassennetz anzuschliessen. Eine Möglichkeit sei, den Verkehr über die Belforterstrasse in Basel abfliessen zu lassen. Ein zweiter Knoten bestehe am Grabenring. Die Verkehrs- und Planungskommission habe mit einem Stimmenverhältnis von 6:1 der Achse Verlängerung Parkallee zugestimmt. Hanspeter Frey ist nicht der Ansicht, dass eine baldige Realisierung in Frage kommt, zumal die Finanzierung noch unklar sei und die übrigen Strassenbauten noch fehlen. Bezüglich Belastung Morgartenring/Luzerner Ring weiss er, dass mit Bestehen des Zubringers Allschwil die äusseren City-Ringe zurückgebaut werden könnten und damit entlastet würden. Für diejenigen Voten, welche dafür plädieren, Allschwil solle sich dem Verkehr verschliessen, kann er kein Verständnis aufbringen. Den Strassennetzplan in 6, 10 oder 15 Jahren wieder zu ändern, mache ebenfalls keinen Sinn. Heute gehe es um den Beschluss für einen übergeordneten Teil, der behördenverbindlich sei und das Gelände im betroffenen Gebiet freihalte. - Die nächste Planungsstufe wären der Bau- und Strassenlinienplan und das Ausführungsprojekt, was wiederum in Form eines Kredites dem Einwohnerrat unterbreitet werden muss. Hanspeter Frey empfiehlt, den Anträgen der VPK zuzustimmen.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion, kommt zurück auf die Aussage von Hanspeter Frey betreffend zwei Verbindungen über den Bachgraben - mit dem neuen Durchgang Parkallee wären es insgesamt drei, stellt er fest. Dem Plan zum Geschäft 3224 und den Ausführungen von Gemeinderat Paul Schüpbach entnimmt er jedoch insgesamt vier Verbindungen. Zwar ist noch unklar, wo die vierte genau durchführt, jedoch existiert eine Planung für eine an das überregionale Strassennetz angeschlossene Strasse. Der Sprechende sieht nicht ein, warum entgegen dem heutigen Trend im Laufental Allschwil den Verkehr mitten durch das Dorf führen will.

VPK-Präsident **Hanspeter Frey** erkennt nur zwei Übergänge, nämlich bei den Knoten Grabenring und Belforterstrasse. Im Moment sind keine weiteren geplant. Es muss zwischen verbindlichem und unverbindlichem Planinhalt unterschieden werden. Die übergeordneten Umfahrungsstrassen gehören zum unverbindlichen Planinhalt (wie z.B. auch Bushaltestellen) und werden auf Kantonsstufe beschlossen. Die Knoten Grabenring und Belforterstrasse gehören in diese Kategorie. Im alten Strassennetzplan waren vier oder fünf Bachgraben-Übergänge vermerkt.

Für **Mark Aellen** zählt die Anzahl Strassen insgesamt, die sei am Schluss das Entscheidende. Der kantonale Plan zeige eine unverbindlich geplante Strasse, die das linksufrige Bachgrabengebiet vom Verkehr entlasten soll. Diese Strasse wird Verkehr abnehmen; deshalb sieht er nicht ein, weshalb die Planung unterminiert sein soll.

## 1. LESUNG TEILREVISION DES STRASSENREGLEMENTES VOM 12. NOVEMBER 1975

### § 8 Strassennetzplan

**Jakob Vogt**, CVP/SVP-Fraktion, bereitet die Strassenklassierung grosse Mühe. Störend sei hauptsächlich der Erschliessungsweg, welcher mit 3 m Breite beziffert ist. Gleichzeitig sei es erlaubt, dort Häuser zu bauen. Eine Befahrung des Erschliessungsweges sei nur möglich, wenn man auf Privatparzellen ausweicht. Heute muss bei Baugesuchen für Neubauten beidseits 1 m Land an das Strassenareal abgetreten werden. Damit wird der Weg 3 m breit, zuzüglich wird beidseits je 1 m Land vom Gesuchsteller abgetreten, ansonsten er keine Baubewilligung erhält. Jakob Vogt beantragt, § 8 Abs. 2 in Bezug auf die

Breite des Erschliessungsweges von 3 m an die Kommission zurückzuweisen, um in der 2. Lesung eine bessere Lösung beraten zu können.

**Hanspeter Frey**, VPK-Präsident, hält fest, dass diese Bestimmung bereits ausgiebig in der Kommission diskutiert worden ist. Der Erschliessungsweg erlaube nur minimalsten Fahrverkehr; bewusst soll dieser schmal gehalten werden. Als Beispiel verweist er auf den Erschliessungsweg der Quartierplanung Rosenbergrain II, der nur für die Anwohnerschaft konzipiert ist. Hanspeter Frey hat keine Einwände gegen eine Rückweisung von Absatz 2 an die Kommission, sieht jedoch auch keine bessere Lösung. Eine Aenderung der Wegbreite könnte auch schon heute oder in der 2. Lesung beschlossen werden.

**Felix Mensch**, CVP/SVP-Fraktion: Jakob Vogt zeige praxisbezogene Probleme auf, wie sie immer wieder vorkommen. Er plädiert deshalb für Parkraum nahe der Strasse, der die Benützung des Erschliessungsweges für Autos unnötig macht. In der Praxis sei eine Strassenbreite von 3 m zu schmal und zu risikoreich. Deshalb lehnt die Fraktion die Breite von 3 m für Erschliessungswege ab.

**Jakob Vogt**, CVP/SVP-Fraktion, zeigt anhand des negativen Beispiels am Kirschgartenweg die Problematik eines schmalen Erschliessungsweges von 3 m auf. Dort sei eine Einfahrt zu den betroffenen Liegenschaften nur durch Ausweichen auf ein angrenzendes Privatgrundstück möglich.

**Hanspeter Frey**, VPK-Präsident, weist auf die exakte Formulierung der Breite für Erschliessungswege im Strassenreglement hin, nämlich „Minimum 3 m“. Verboten sei es nicht, eine Strassenbreite von 4 m zu bauen.

Departementsvorsteher **Paul Schüpbach** sieht die zwei konträren Philosophien bezüglich dieser Bestimmung. Eine Strassenbreite von nur 3 m wirke verkehrsverlangsamend und verkehrsdämpfend.

**Felix Mensch** weist auf den möglichen Widerstand der Anwohnerschaft hin, wenn die Strasse später z.B. 4 m oder 5 m breit gebaut werden soll. Einfacher wäre es, bereits jetzt die Strassenbreite von 4 m für Erschliessungswege im Reglement zu definieren.

Antrag von Jakob Vogt auf Rückweisung von § 8 Abs. 2 an die Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen zur Überprüfung betreffend Breite des Erschliessungsweges

://:

Der Antrag Vogt wird mit 16:14 Stimmen abgelehnt.

Die 1. Lesung der Teilrevision Strassenreglement gemäss Bericht 3224 ist damit abgeschlossen.

://:

Gestützt auf die Berichte des Gemeinderates und der Kommission für Verkehrs- und Planungsfragen betreffend Strassennetzplan gesamtes Gemeindegebiet und Teilrevision des Strassenreglementes wird wie folgt beschlossen:

1. Dem Strassennetzplan gesamtes Gemeindegebiet wird mit folgenden Aenderungen zugestimmt:
  - 1.1 Die Parkallee wird von der Baslerstrasse bis zum Hegenheimermattweg als Hauptverkehrsstrasse (HVS) aufgenommen (23:12 Stimmen).
  - 1.2. Die Linienführung der künftigen Sammelstrasse für die Erschliessung des Wohngebietes im Ziegeleiareal hat im kommunalen Strassennetzplan derjenigen gemäss Quartierplanung „Ziegelei“ (Geschäft 3202) zu entsprechen (grossmehrheitlich).
  - 1.3. Der Weg entlang dem südöstlichen Waldrand „Kirschner“ wird als Wanderweg in Richtung Südwesten bis zur Landesgrenze zu Frankreich aufgenommen (grossmehrheitlich).

Namentliche Abstimmung Beschluss 1.1: Die Parkallee wird von der Baslerstrasse bis zum Hegenheimermattweg als Hauptverkehrsstrasse (HVS) aufgenommen (23:12 Stimmen).

Name / Vorname	JA	NEIN	ENTHALTUNG
Aellen Mark			
Amsler Max			
Bartlome Thomas			

Baumgartner Heinz			
Beretta Guido Dr.	<b>Abwesend</b>		
Brügger Stefan			
Burren Niklaus			
Corvini Ivo Dr.			
Cueni Lucius	<b>Abwesend</b>		
Frei Karl			
Frey Hanspeter			
Gass Jürg			
Hauser Peter			
Horisberger Alex			
Humbel Peter			
Julier Arnold			
Kneier Kurt	<b>Abwesend</b>		
Märky Alice			
Matiz Danilo			
Mensch Felix			
Meyer Beat			
Misslin Jacqueline B.	<b>Abwesend</b>		
Morat Christoph			
Oppliger Jan			
Oppliger Mathilde			
Philipp Alexandre			
Piatti Aldo			
Piatti Claudia			
Pozivil Ursula	<b>Abwesend</b>		
Richner Robert			
Rosenthaler Lukas Dr.			
Rüeggsegger Olivier			
Salvisberg Beatrice			
Spinnler Gabriela			
Steiger Bruno			
Vogt Jakob			
Wagner Margaret			
Werdenberg Heinz			
Winter Jean-Jacques			
Zihlmann Iris			

3. Grossmehrheitlich wird was folgt aufgehoben:

- 3.1 Genereller Bebauungsplan vom April 1926
- 3.2 Bebauungsplan Bachgraben vom 26. Oktober 1966
- 3.3 Teilstrassennetzplan Dorfkern vom 6. September 1978
- 3.4 Strassennetzplan Landschaft vom 4. Februar 1981
- 3.5 Teilstrassennetzplan Ziegeleien vom 22. August 1984

## INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

- Rechnungsabschluss pro 2000 (Beilage); Departementsvorsteher Dr. Leo Zehnder

## FRAGESTUNDE

*Schriftlich eingegangene Fragen:*

**Mathilde Oppliger**, CVP/SVP-Fraktion, betreffend

124 12.610 Tram

### **Tramhaltestelle Ziegelei, leere Telefonkabinen**

---

An der Frontseite der Tramhaltestelle Ziegelei Richtung Allschwil Dorf befanden sich bis vor Kurzem zwei Telefonkabinen. Zuerst wurden die beiden Türen entfernt, dann auch die Telefoneinrichtungen. Zur Zeit gähnen dort zwei unschöne Öffnungen, welche nun als Abfalldeponie benutzt werden.

Weshalb lässt man die nun nutzlosen Nischen in diesem desolaten Zustand? Kann der Gemeinderat zur Behebung dieser Misere bei der BVB vorstellig werden oder ist die Gemeinde dafür verantwortlich?

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**, kennt das Problem. Es sei aber eine Tatsache, dass die Tramhäuschen im Besitz der BVB seien und deshalb die Gemeinde relativ wenig Einfluss nehmen kann. Die Swisscom hat im Laufe des Jahres 2000 zahlreiche öffentliche Sprechkabinen aufgehoben, so auch diejenigen an der Tramhaltestelle Ziegelei. Dieser Sachverhalt ist der BVB bekannt. Sie ist daran, neue Nutzungsmöglichkeiten für die ehemaligen Telefonkabinen zu suchen, so z.B. als Depot für die frühmorgens angelieferten Zeitungen, versehen mit abschliessbaren Türen.

**Christoph Morat**, SP-Fraktion, betreffend:

125 12.210 Freizeit/Sport/Grünanlagen; Baulicher Unterhalt

### **Verletzungsgefahr auf den gemeindeeigenen Spielplätzen**

---

Auf dem Spielplatz im Gemeindepark stehen diverse bewegliche Holzspielzeuge, bei welchen sich Kinder leicht die Füsse einklemmen können. Weiss der Gemeinderat um das Verletzungspotential dieser gemeindeeigenen Geräte und wie gedenkt er zu reagieren? Einerseits stehen die gesuchten, attraktiven Kinderspielplätze, andererseits mögliche Schadenersatzforderungen.

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**: Beim betroffenen Holzspielzeug handelt es sich um ein hölzernes Schaukelpferd, das zahlreich in öffentlichen Anlagen der ganzen Schweiz steht. Es ist mit dem Gütesiegel „GS“ (geprüfte Sicherheit) versehen. Die beiden derartigen Spielgeräte im Besitz der Gemeinde Allschwil sind seit Jahren in Betrieb und es sind keinerlei Verletzungen oder Schadenersatzforderungen bekannt. Aus diesen Gründen sieht der Gemeinderat im Moment keinen Handlungsbedarf.

**Christoph Morat** kennt das Gütesiegel „GS“, sieht darin aber keine Garantie, eine Verletzung zu verhindern. Ihm ist bekannt, dass sich zwei Kinder die Füsse eingeklemmt haben. Ebenfalls gefährdet seien die Hände. Der Fragesteller bittet um nochmalige Abklärung bei den verantwortlichen Stellen.

**Paul Schüpbach** weist nochmals darauf hin, dass der Hersteller mit seinem Spielgeräte-programm die sicherheitstechnischen Anforderungen des Institutes für Warenprüfung und Qualitätsüberwachung (LGA Nürnberg) erfüllt. Dies entspreche ungefähr einer TÜV-Prüfung. Einige andere Spielgeräte, die auf den Spielplätzen anzutreffen sind, findet Paul Schüpbach persönlich weit gefährlicher.

**Christoph Morat**, SP-Fraktion, betreffend:

126 04.081 Benützungsbewilligungen für Gemeinderäumlichkeiten und Infrastruktur  
**WTA-Tennisturnier in Allschwil vom 28.7. – 5.8.2001**

Bei der Beantwortung der Dringlichen Interpellation Geschäft 3275, WTA-Sandplatzturnier in Allschwil, hat der Gemeinderat betreffend Nutzung der Wiese des Jugendfreizeithauses eine Prüfung der problematischen Punkte des geplanten WTA-Turniers versprochen. Was war der Inhalt und was ist das Resultat der Verhandlungen mit den Veranstaltern der Turniers in Bezug auf die Parkplatzproblematik, die Nutzungsgebühren sowie die Instandstellung der verursachten Schäden?

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, **Roman Meury**:

Das detaillierte, definitive Vertragswerk liegt noch nicht vor. Zur Parkplatzsituation: Einerseits wird der Veranstalter versuchen, Firmenparkplätze in der Nähe und allenfalls Parkraum entlang der Strasse zu benützen, wie dies schon bei anderen Sportanlässen im linksufrigen Bachgrabengebiet der Fall war. Das WTA-Turnier wird werktags nicht riesige Verkehrsströme anziehen, und am Wochenende ist die Parkplatzproblematik wesentlich einfacher zu lösen, weil der Berufsverkehr wegfällt. Keinesfalls könne die Gästezahl mit derjenigen des Gartenbades Bachgraben an einem Wochenende verglichen werden. Zur Benützungsgebühr kann noch keine Aussage gemacht werden, weil das Vertragswerk noch nicht vorliegt. Betreffend Instandstellung allfälliger Schäden sei es ganz klar, dass der Veranstalter für deren Instandstellung aufkommen muss. Diese Bestimmung wird auch Teil des Vertrages sein, liegt aber ebenfalls noch nicht vor.

**Christoph Morat** bedankt sich für die Beantwortung durch Gemeinderat Meury. Zusätzlich möchte er wissen, was genau „Parkieren entlang der Strasse„ bedeutet. Wird dabei der Veloweg in Anspruch genommen?

**Roman Meury** geht davon aus, dass entlang der Fahrbahn parkiert wird. Die Fussgänger- und Veloverbindung muss in jedem Fall gewährleistet sein. Bisher wurde bei einer Veranstaltung nie der Veloweg beansprucht.

**Dr. Lukas Rosenthaler**, SP-Fraktion, betreffend:

127 12.120 Strassen; Betrieblicher Unterhalt  
**Verbesserung der Allschwiler Strassenbeleuchtung**

Es wurde mit Freude festgestellt, dass an verschiedenen Orten in Allschwil eine neue, sehr effiziente Strassenbeleuchtung installiert wurde. Ist geplant, diese neue Beleuchtung in ganz Allschwil einzusetzen, da z.B. im Bohrerhofquartier sehr schlechte beleuchtungstechnische Zustände herrschen.

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**:

Die in Allschwil eingesetzten ca. 9000 Huber-Leuchten strahlen ihr Licht kugelförmig ab, so dass nur ein kleiner Teil auf das Trottoir und die Fahrbahn fällt; zudem wurden diese Leuchten zusätzlich mit Stromsparleuchten ausgerüstet, wodurch die Lichtdichte reduziert wird. Es wurde nun begonnen, die Huber-Leuchten zu ersetzen. Das Departement Tiefbau/Umwelt hat in den Jahren 2000/2001 rund 50 Lampen durch Quecksilberdampflampen ersetzt, welche eine bessere Lichtausbeute ergeben und weniger Energie verbrauchen. Die neuen, effizienteren Lampen wurden insbesondere dort eingesetzt, wo ein gewisses Gefahrenpotential besteht: Schulhausbereiche Lettenweg, Bettenstrasse, Steinbühlweg, Muesmattweg sowie Erneuerung Spitzwaldstrasse. Der zeitliche Rahmen für das Ersetzen der Lampen auf dem gesamten Gemeindegebiet hängt von der Kreditsprechung des Einwohnerrates ab.

Energetischer Vergleich:

Leuchtentyp	Lampe	Leistung
Alt: Huber-Leuchten	alternierend 160 Watt / 23 Watt	92 Watt im Mittel / schlechte Lichtausbeute
Neu: Rinnenstrahler	Quecksilberdampflampe	80 Watt / gute Lichtausbeute

Kostenübersicht:

Auswechslungs-Dauer	Erforderlicher Kredit pro Jahr	Kandelaber-Erneuerungen pro Jahr	"Erneuerte Strassenlänge" pro Jahr ca.
10 Jahre	CHF 180'000.--	90 Stück	3 Kilometer

20 Jahre	CHF 90'000.--	45 Stück	1 1/2 Kilometer
30 Jahre	CHF 60'000.--	30 Stück	1 Kilometer

**Dr. Lukas Rosenthaler** dankt für die Beantwortung und hofft auf effizientes Licht in Allschwils Strassen.

**Dr. Lukas Rosenthaler**, SP-Fraktion, betreffend:

128 06.093 Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA

**Geschwindigkeitsübertretungen in der Bettenstrasse**

Die Anwohnerschaft der Bettenstrasse habe darauf aufmerksam gemacht, dass in letzter Zeit vermehrt Autofahrer/innen mit stark überhöhter Geschwindigkeit (geschätzte 60-70 km/h) durch die Bettenstrasse rasen, vor allem 68-er Nummern, welche offensichtlich die Pacerschwelen nicht fürchten. Ist dies dem Gemeinderat bekannt und gedenkt er, etwas dagegen zu unternehmen, insbesondere da sich die Bettenstrasse in einem sehr sensitiven Bereich befindet (Primarschule, enge Strasse etc.)?

Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit, **Nicole Nüssli**:

Weder dem Gemeinderat noch der Gemeindepolizei ist das Problem nicht bekannt. Am 15. Mai 2001 hat die Gemeindepolizei deshalb als ersten Schritt stille Geschwindigkeitsmessungen (ohne Folgen für den Autofahrer/die Autofahrerin) mit dem gemeindeeigenen Messgerät durchgeführt. Als zweiter Schritt werden Radarkontrollen durchgeführt.

Das Ergebnis der ersten Messungen sieht wie folgt aus: Keines der gemessenen Fahrzeuge ist schneller als 42 km/Std. gefahren. 85 % der gemessenen Fahrzeuge sind sogar langsamer als 33 km/h gefahren. Aus diesem Grund sieht der Gemeinderat von einem zusätzlichen Handlungsbedarf ab.

Fahrrichtung Spitzwaldstrasse → Baslerstrasse		Fahrrichtung Baslerstrasse → Spitzwaldstrasse	
34 Personenwagen in 90 Minuten (= 22 Fz/Std.)		29 Personenwagen in 90 Minuten (= 20 Fz/Std.)	
Beide Fahrrichtungen zusammen = 63 Personenwagen in 90 Minuten (= 42 Fz/Std.)			
Geschwindigkeiten		Geschwindigkeiten	
Vor den Schwellen	Zwischen den Schwellen	Vor den Schwellen	Zwischen den Schwellen
V <sub>85</sub> = 33 km/Std.	V <sub>85</sub> = 33 km/Std.	V <sub>85</sub> = 30 km/Std.	V <sub>85</sub> = 26 km/Std.
V <sub>max.</sub> = 42 km/Std.	V <sub>max.</sub> = 38 km/Std.	V <sub>max.</sub> = 36 km/Std.	V <sub>max.</sub> = 32 km/Std.

Legende:

V<sub>85</sub> bedeutet: 85 % der gemessenen Fahrzeuge fuhr langsamer als die angegebene Geschwindigkeit.

V<sub>85</sub> wird in der Verkehrstechnik als massgeblicher Wert für die Beurteilung des Geschwindigkeitsverhaltens verwendet.

V<sub>max.</sub> = maximale gemessene Geschwindigkeit

**Dr. Lukas Rosenthaler** dankt dem Gemeinderat für die sehr prompte Reaktion. Das Resultat zeige, dass die Anwohnerschaft eine andere Perspektive der tatsächlichen Situation hat.

*Mündliche Fragen:*

129 12.110 Strassen; Baulicher Unterhalt

**Mögliche Trottoirverlängerung an der Neuweilerstrasse**

**Jakob Vogt**, CVP/SVP-Fraktion, anlässlich der Fragestunde vom 14.2.2001:

---

An der Neuweilerstrasse besteht bis ca. Hohlweg ein provisorisches Trottoir. Kann dieses zu Gunsten der Sicherheit für Fussgänger verlängert werden? Kann der Gemeinderat in dieser Sache beim Kanton vorstellig werden?

Antwort von Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**:

Tatsache ist, dass es sich um eine Kantonsstrasse handelt. Der Kanton erstellt ausserhalb des Baugebietes keine Trottoirs. Der Gemeinderat ist der Auffassung, dass trotzdem etwas unternommen werden muss, damit sicher entlang der relativ gefährlichen Neuweilerstrasse gegangen werden kann. Demnächst wird an der Abbiegung Neuweilerstrasse/Hohle Gasse von der Gemeinde ein Wegweiser erstellt, der auf den Fussweg hinweist.

130 12.220 Freizeit/Sport/Grünanlagen; Betrieblicher Unterhalt

### **Benützung der Sportanlagen Areal Sandweg**

---

**Olivier Rügsegger**, SP-Fraktion, betreffend

Können ausser dem FC Allschwil auch andere Vereine oder nicht-organisierte Gruppen diese Anlage benützen und wird von diesem Angebot auch Gebrauch gemacht?

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, **Roman Meury**:

Hauptsächlich soll dieser Sportplatz vom FC Allschwil genutzt werden. Begehren für eine Nutzung von einer Gruppierung ohne Vereinsstruktur sind bisher keine eingegangen. Anfragen von anderen Vereinen sind eingegangen und sind zur Zeit in Bearbeitung. Die bisherigen Begehren deuten nicht auf eine grosse Nachfrage hin. Grundsätzlich soll der FC die Anlage nutzen können; für andere gute Ideen ist man jedoch offen. Bei einer Nutzung durch den FC Allschwil als einziger Verein ist auch die Regelung für die Benutzung von Garderoben, Duschen etc. einfacher.

131 04.070 Freizeitangebote Kinder und Jugendliche

### **Jugendparlament / Jugendsession**

---

**Alice Märky**, FDP-Fraktion, betreffend

Wie ist der aktuelle Stand bezüglich Jugendparlament / Durchführung einer Jugendsession?

Departementsvorsteherin Bildung/Erziehung/Kultur, **Beatrice Fuchs**:

Die erste Jugendsession wird im Herbst 2001 in Allschwil stattfinden.

132 13.100 Abfallbewirtschaftung

### **Kompostieranlage auf dem Werkhof Hagmatt**

---

**Jakob Vogt**, CVP/SVP-Fraktion betreffend

Gemeindeeigene Kompostieranlage hinter dem Werkhof Hagmatt: Der Boden der Anlage ist durch das Befahren komplett verdichtet. Bei Regen bilden sich grossflächige Pfützen, und bei heissem Wetter ist dort ein idealer Brutplatz für Insekten. Dabei entstehen auch unangenehme Gerüche und die Anlage bietet einen ungepflegten Eindruck. Kann dagegen etwas unternommen werden?

Departementsvorsteher Tiefbau/Umwelt, **Paul Schüpbach**, nimmt dieses Anliegen sozusagen als Postulat entgegen und verspricht eine Verbesserung der Situation.

133 06.092 Gemeindepolizei; Öffentlichkeitsarbeit

### **Einsatzpläne der Gemeindepolizei**

---

**Peter Hauser**, CVP/SVP-Fraktion, betreffend

Wer erstellt die Einsatzpläne für die Ortspolizei? Werden diese Pläne der kommenden Sommerjahreszeit angepasst, d.h. vermehrt Nacht- und Wochenendpatrouillen eingeplant? Der Fragesteller erachtet dies als Aufgabe und Zweck der aufgestockten Allschwiler Gemeindepolizei. Die jetzigen Einsatzpläne würden wenig Sinn ergeben und die Allschwiler Bevölkerung fühle sich tagsüber schikaniert.

Departementsvorsteherin Einwohnerdienste/Sicherheit, **Nicole Nüssli**:

Der Einsatzplan wurde vom Leiter der Gemeindepolizei, Heinz Schäfer, in Zusammenarbeit mit der Hauptabteilungsleiterin Eva Christ Muñoz erstellt. Der Plan ist noch neu und befindet sich in der Testphase. Nach Abschluss derselben wird der Einsatzplan überprüft. Zudem würden die Vorstellungen über den Einsatz der Gemeindepolizei in der Allschwiler Bevölkerung weit auseinander gehen.

134 11.140 Gemeindeprojekte

**Bericht des Gemeinderates betreffend Bauteuerung der neuen Gemeindeverwaltung, Geschäft 3281**

---

Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, **Roman Meury**, hofft auf Zustimmung zum Begehren des Geschäftes 3281, denn nur dann könne das neue Gemeindezentrum auch fertig gestellt werden. Er bittet dringend um Zustimmung zu den beantragten Mehrkosten. Normalerweise wird dieser Posten beim Antrag auf einen Projektkredit als Punkt 2 aufgeführt; mangels Teuerung während mehreren Jahren wurde dieser Punkt ausgelassen.

#### EINTRETENSDEBATTE

**Bruno Steiger**, namens der SD-Fraktion, ist enttäuscht, dass der vom Volk genehmigte Projektkredit für den Bau der neuen Gemeindeverwaltung nicht eingehalten werden kann. Es wurde falsch budgetiert. Dies sei ein schlechter Leistungsausweis für das Departement Hochbau und Raumplanung. Unter dieser Nachlässigkeit würde die Glaubwürdigkeit des Gemeinderates beim Steuerzahler und Stimmbürger leiden. Nur mit grösstem Unbehagen will die SD-Fraktion auf die Vorlage eintreten. Ein solcher Fehler dürfe nicht mehr passieren.

**Felix Mensch**, namens der CVP/SVP-Fraktion, ist für Eintreten. Er hat festgestellt, dass auch der Gemeinderat nicht allwissend ist, denn sonst hätte er diese Summe im Kredit eingeplant. Unbestritten ist, dass es in der Planungs- und Budgetierungsphase eine Teuerung gegeben hat. Die mit Bericht 3281 nun gut dokumentierte Bauteuerung sei kein Anlass, jetzt noch Fragezeichen zu setzen.

**Niklaus Burren**, namens der SP-Fraktion, ist für Eintreten. Sehr befremdet ist die Fraktion darüber, dass ein so wichtiger Punkt wie die Teuerung bei einem derart grossen und über mehrere Jahre geplanten Projekt vergessen gegangen ist. In Zukunft müssen Einwohnerrat und Stimmvolk bezüglich Endkosten eines Projektes ehrlicher informiert werden. Die Fraktion legt dem Gemeinderat nahe, inskünftig bei Budgetierungen gewichtige Teile wie die Teuerung nicht zu vergessen.

**Alex Horisberger**, namens der FDP-Fraktion: Die Fraktion kann dem Kreditbegehren nicht mit Frohlocken zustimmen. Vielleicht habe man für die Jahre 2001/2002 nicht mit einer Teuerung gerechnet. Wie im Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 20.1.1999 nachzulesen sei, habe auch vom Einwohnerrat niemand auf diesen Punkt hingewiesen. Die FDP-Fraktion stimmt den teuerungsbedingten Mehrkosten für die neue Gemeindeverwaltung zu und hofft, dass ein weiteres solches Begehren nicht notwendig sein wird.

**Dr. Lukas Rosenthaler**, Präsident der Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, lädt die Schuld am Vergessen der Teuerung sowohl auf den Gemeinderat als auch auf die Ratsmitglieder. Dies dürfe nicht mehr passieren. Sinnvollerweise müsse der Kredit trotzdem gutgeheissen werden.

://:

Eintreten auf Geschäft 3281 ist unbestritten.

#### DETAILBERATUNG

**Felix Mensch**, CVP/SVP-Fraktion: Wenn man sich bewusst ist, dass während der Planungs- und Ausschreibungsphase für den Verwaltungsneubau während mindestens 3 Jahren keine Teuerung ausgewiesen wurde, wird die Ausgangslage für das Geschehnis klar.

Gemeinderat **Roman Meury**: Es sei richtig, dass jemand auf die fehlende Teuerung hätte aufmerksam werden müssen. Zum Votum von Bruno Steiger betreffend den Vorwurf, es werde mit dem Baukredit nicht haushälterisch umgegangen, entgegnet der gemeinderätliche Sprecher, dass er bereits mehrmals die Mitglieder der Baukommission - in der auch die Fraktionen vertreten sind - über den Kostenstand informiert habe. Daher sollte bekannt sein, wie sparsam mit dem Baukredit umgegangen wird. Erst jetzt wisse man konkret, was der Neubau insgesamt koste. Der Teuerungsindex ist in dieser Zeit von Index 103 auf 107 angestiegen, was eine namhafte Summe ausmacht, nämlich fast doppelt so viel wie die jetzt beantragten CHF 564'000. Das bedeutet, dass der Gemeinderat und das Departement Hochbau sehr haushälterisch mit dem Kredit umgegangen sind. Aus diesem Grund musste auch der Kredit nicht mit der ganzen Teuerung belastet werden.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, richtet seinen Vorwurf nicht an Roman Meury persönlich, sondern an die kompetenten Baufachleute in der Verwaltung, die auf den Mangel hätten aufmerksam werden müssen. Als politischer Vertreter hätte er den Fehler nicht unbedingt mitgetragen.

://:

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates betreffend Bauteuerung der neuen Gemeindeverwaltung werden die teuerungsbedingten Mehrkosten (Bauteuerung) für den Neubau der Gemeindeverwaltung im Sinne eines Nachtragskredites grossmehrheitlich gutgeheissen.

135 01.040 Gemeinderat

**Bericht des Gemeinderates betreffend Verbesserung der Informationsdichte durch den Gemeinderat, Postulat 3189, Alexandre Philipp, FDP-Fraktion, Geschäft 3189A**

---

Der Postulant **Alexandre Philipp**, FDP-Fraktion, ist erfreut, dass der Gemeinderat seinem Anliegen Rechnung getragen hat. Trotz dem negativen Volksentscheid vom 1. Dezember 1996 (Verpflichtungskredit zur Verbesserung der behördlichen Informationspolitik) hat er die Möglichkeit genutzt, seine Informationspolitik auf eine neue, aktuelle und auch interessante Schiene zu stellen. Die Informationsdichte und -qualität haben sich spürbar verbessert. Auch die Einwohnerschaft kann davon profitieren. Das neue Handbuch „Information/Kommunikation/ Oeffentlichkeitsarbeit der Gemeinde Allschwil“ ist vollumfänglich und geht einher mit der strategischen Entwicklungs- und Massnahmenplanung des Gemeinderates für die Jahre 2000 – 2006. Sicher sei dies ein Hauptverdienst von Markus Rudolf-von-Rohr, Stv. Gemeindeverwalter und Informationsbeauftragter der Gemeinde, der einen grossen Teil mitgearbeitet und mitgetragen habe. Alexandre Philipp macht beliebt, den Anträgen des Gemeinderates zuzustimmen und verdankt die grosse Arbeit.

### EINTRETENSDEBATTE

Namens der SP-Fraktion gibt **Olivier Rüeegsegger** Eintreten auf Geschäft 3189A bekannt.

Auch **Felix Mensch**, namens der CVP/SVP-Fraktion, gibt Eintreten bekannt.

://

Eintreten auf Geschäft 3281 ist unbestritten.

### DETAILBERATUNG

**Olivier Rüeegsegger**, SP-Fraktion: Der Gemeinderat hat mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln das Postulat A. Philipp mehr als erfüllt. Auch das Kommunikationskonzept erwähnt der Sprechende lobend. Er zieht Vergleiche mit der intensiven Informationspraxis im Bundeshaus, in die er während eines Praktikums Einblick hatte und zitiert den Kommunikationssoziologen Marshall wie folgt: „Die demokratische Politik definiert und legitimiert sich durch die Verbindung mit der Oeffentlichkeit.“ Der Gemeinderat ist demnach zur Information verpflichtet - auch wenn sich niemand dafür interessieren würde. Die positiven Reaktionen auf die neue Informationspolitik aus der Bevölkerung zeigen aber sehr wohl ein Interesse an Informationen. Der Gemeinderat habe grosse Anstrengungen unternommen, die Information zu verbessern, so z.B. im Allschwiler Wochenblatt, an den öffentlichen Anschlagstellen, im Internet aber auch mittels Pressekonferenzen für die restlichen Medien und im direkten Kontakt mit der Einwohnerschaft. Nun gehe es um eine Verfeinerung und Koordination der aufgebauten Mittel, z.B. Restrukturierung der Homepage, Kommunikationsausbildung für Kadermitarbeiter/innen oder einen elektronischen Newsletter. Für weitere Informationsmittel müsste investiert werden; dies wurde 1996 vom Stimmvolk verworfen. Der Gemeinderat und seine Mitarbeiterschaft machen ihre Sache in Anbetracht der geringen zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sehr gut. Das Postulat sei damit erfüllt.

**Felix Mensch**, CVP/SVP-Fraktion, sieht eine wesentliche Verbesserung der Informationspraxis gegenüber den letzten Jahren, erwähnt aber auch kritisch die Informationsflut.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** freut sich über das Lob des Einwohnerrates betreffend neue Informationspolitik. Sie gibt das Lob für die grosse Arbeit an Markus Rudolf-von-Rohr und sein Team der Hauptabteilung Zentrale Dienste weiter. Der Gemeinderat bemühe sich auf verschiedenen Ebenen um ständige Verbesserung der Information. Information sei nie zu Ende und man müsse stetig daran arbeiten. Sie sichert zu, dass der Gemeinderat diesbezüglich am Ball bleibt.

://

Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates betreffend Verbesserung der Informationsdichte durch den Gemeinderat (Beantwortung Postulat 3189, Alexandre Philipp, FDP-Fraktion) wird einstimmig und in globo wie folgt beschlossen:

1. Der Einwohnerrat nimmt davon Kenntnis, dass die Information, Kommunikation und Oeffentlichkeitsarbeit der Gemeinde Allschwil im Sinne der strategischen Zielsetzungen 2000-2006 durch die gezielte Umsetzung geeigneter Massnahmen in allen Bereichen optimiert und ausgebaut wird.

2. Im Rahmen des Amtsberichtes wird der Gemeinderat über die Entwicklungen in den Bereichen Information, Kommunikation und Oeffentlichkeitsarbeit orientieren.
3. Das Postulat Nr. 3189, Alexandre Philipp, FDP-Fraktion, wird als erfüllt abgeschrieben.

136 11.210 Liegenschaften; Baulicher Unterhalt

**Postulat der CVP/SVP-Fraktion betreffend Ganzjährige Nutzbarmachung des Ausstellungsraumes im Mühlistall, Geschäft 3250**

---

Der Departementsvorsteher Hochbau/Raumplanung, **Roman Meury**, begründet die ablehnende Haltung des Gemeinderates zur ganzjährigen Nutzbarmachung des Ausstellungsraumes im Mühlistall. Das Departement Hochbau sei sich darin einig, dass ein Ausbau sinnvoll ist, jedoch nur, wenn dafür ein Gesamtkonzept vorliege. Er nimmt Bezug auf die Gebäude-Zustandsanalyse des Mühlistalls, welche von Fachleuten erstellt wurde. Für jedes öffentliche Gebäude in Allschwil besteht eine solche Detailbeurteilung.

Trotz des relativ idyllischen Bildes des Mühlistalls und trotz erneuertem Dach dringe z.B. massiv Feuchtigkeit in die Mauern ein, erläutert Roman Meury. Für eine ganzjährige Nutzung wären relativ aufwändige Sanierungsarbeiten nötig. Er unterbreitet eine Investitionsberechnung von insgesamt CHF 1'372'000 für einen Minimalausbau des Mühlistalls, wie er von der CVP/SVP-Fraktion im Postulat gefordert wird (Beilage). Von einer solchen Investition sollte Allschwil 20-30 Jahre profitieren können und deshalb sei ein Gesamtkonzept unerlässlich. Der gemeinderätliche Sprecher zeigt ebenfalls auf, wie frühere Projekte /Vorlagen zum Mühlistall finanziell ausgesehen haben (Beilage).

Gemeinderat Meury wiederholt, dass eine ganzjährige Nutzbarmachung des Mühlistalls sicher Sinn mache, diese aber ihren Preis habe und ein Gesamtkonzept dafür unerlässlich sei. Ein solches habe der Gemeinderat noch nicht erstellt, weil die Prioritäten gemäss der strategischen Massnahmenplanung für die Jahre 2000 – 2006 verfolgt werden. Prioritäten habe ebenfalls der Einwohnerrat gesetzt, indem die Gemeindebauten bezeichnet wurden. Diese sollen vor dem Mühlistall realisiert werden. Aus den genannten Gründen bittet er um Ablehnung des Postulates.

**Dr. Ivo Corvini**, CVP/SVP- Fraktion: Der Mühlistall biete einen idealen Ort für kulturelle Veranstaltungen. Leider sei dieser nur während ca. 5 Monaten im Jahr nutzbar. Durch eine ganzjährige Nutzbarmachung könnte das kulturelle Angebot Allschwils vergrössert werden. Auch das Ziel des Gemeinderates, kulturelle Aktivitäten zu fördern, könnte damit verfolgt werden. Die CVP/SVP-Fraktion wolle mit ihrem Postulat keinen Gesamtausbau des Mühlistalls, sondern lediglich eine Verbesserung des Ist-Zustandes. Darin unterscheide sich das Anliegen zu den früheren Vorlagen zum Mühlistall. Es soll auch keine Luxusvariante, sondern eine massvolle Lösung angestrebt werden. Das Vorgehen des Gemeinderates in dieser Sache sei sehr unüblich und stimme weder mit den politischen Spielregeln noch mit der Definition eines Postulates überein. Ein solches fordere den Gemeinderat auf, eine Angelegenheit zu prüfen und dann einen Bericht zu erstellen. Allschwil sollte den Kulturinteressierten einen ganzjährig nutzbaren Raum anbieten können. Der Sprechende bezweifelt, dass überhaupt etwas unternommen wird, wenn von einem Gesamtkonzept gesprochen wird. Der Saal im Mühlistall werde von den kulturellen Organisationen sehr geschätzt. Auch in den warmen Monaten (Mai oder September) sei er jedoch kaum benützbar. Es sei angebracht, das Anliegen seriös zu prüfen und dem Einwohnerrat darüber zu berichten.

**Bruno Steiger**, namens der SD-Fraktion, hat eine andere Meinung bezüglich Mühlistall. Er sieht einen Kultur-Lobbyismus im Ansinnen des Postulates. Hobbies sollen nicht auf Kosten des Gemeinwesens finanziert werden. Die Gemeinde soll für den laufenden Unterhalt im Mühlistall sorgen, denn die Bausubstanz sei soweit gut. Wie der Gemeinderat bittet auch er darum, das Postulat abzulehnen, damit nicht durch eine „Hintertüre“ ein ablehnender Volksentscheid umgangen werden kann.

**Jürg Gass**, namens der SP-Fraktion: Auch die SP-Fraktion ist gegen das Postulat 3250. Bei einer ganzjährigen Nutzbarmachung des Mühlistalls handle es sich um einen Ausbau. Der doch namhafte Preis dafür wäre überrissen, zumal kein Gesamtkonzept vorhanden sei. Auch die Parkplatzsituation bei der Mühle sei unbefriedigend. Er bittet um Ablehnung des Postulates.

**Christoph Morat**, SP-Fraktion, ist froh um die genaue Kostenübersicht von Roman Meury. Eine ganzjährige Nutzbarmachung des Mühlistalls sei klar ausgedrückt ein Ausbau. Dafür müsse ein Gesamtkonzept bestehen, worüber wiederum der Souverän entscheiden muss.

**Alice Märky**, namens der FDP-Fraktion, hält den Ausbau des Mühlistalls grundsätzlich nicht für eine schlechte Idee. Im Moment stehen aber andere Projekte und deren Realisierung im Vordergrund. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte das Projekt befürwortet werden.

**Felix Mensch**, CVP/SVP-Fraktion: Das Postulat zwingt nicht dazu, die ganzjährige Nutzbarmachung sofort umzusetzen, sondern diese zu prüfen. Er plädiert aber unbedingt für die Substanzerhaltung des Mühlistalls. Die bisherigen Projekte, die diesbezüglich dem Volk zu Abstimmung vorgelegt wurden, waren betreffend Kosten überladen und wurden deshalb abgelehnt. Für zusätzlichen Parkraum bestehe kein Bedarf bei der Mühle.

**Dr. Ivo Corvini**, CVP/SVP-Fraktion, bittet darum, die Begründung des Postulates exakt zu lesen. Das Postulat will keinen Ausbau, wie es die Vorlagen in den 80er Jahren vorsahen, sondern eine seriöse Prüfung. Wird das Postulat abgelehnt, heisst das, dass der Gemeinderat in den nächsten 10 Jahren in dieser Sache nicht tätig werden darf. Der geschätzte und gut besuchte Saal des Mühlistalls muss im Ist-Zustand unbedingt verbessert werden.

**Olivier Rügsegger**, SP-Fraktion, fragt zum besseren Verständnis, welches die ganzjährige Nutzbarmachung denn sei? Entsprechen die Ausführungen von Gemeinderat Roman Meury in etwa den Vorstellungen der CVP/SVP-Fraktion?

**Dr. Ivo Corvini**, CVP/SVP-Fraktion, konnte sich zu wenig mit den von Roman Meury präsentierten Daten auseinandersetzen, weil diese lediglich als Folien auf dem Hellraumprojektor zu sehen waren und der Text schwer lesbar war. Mit der ganzjährigen Nutzbarmachung ist eine Verbesserung des Ist-Zustandes gemeint.

Für **Christoph Morat**, SP-Fraktion, ist es der falsche Zeitpunkt für einen Ausbau, was es ja schliesslich doch sei. Als Bau-Fachmann weiss er, dass der Ist-Zustand nicht ohne Ausbau verbessert werden kann. Diese Kosten können im Moment nicht verantwortet werden.

**Hanspeter Frey**, FDP-Fraktion, erkundigt sich beim Gemeinderat, welche erhaltenden und sicherheitstechnischen Massnahmen für den Mühlistall grundsätzlich vorgesehen sind.

Gemeinderat **Roman Meury**: Von jedem gemeindeeigenen Gebäude besteht eine detaillierte Zustandsanalyse. Anhand dieser Analyse werden tranchenweise die erhaltenden Massnahmen budgetiert. Der Zustand des Mühlistalls ist nicht so schlecht, dass damit gerechnet werden muss, dass er zusammenfällt, sonst wäre diese Massnahme im Budget 2001 enthalten. Eine ganzjährige Nutzbarmachung des Mühlistalls bedinge z.B. den Einbau einer Heizung und von Isolation, auch die elektrischen Anlagen müssten verbessert werden. Dafür müsse man den heutigen Zustand kennen und eine Gesamtbetrachtung machen. Die Kosten für eine Instandstellung des Objektes werden mit einem Betrag von ca. CHF 107'000 geschätzt.

://:

Das Postulat der CVP/SVP-Fraktion betreffend ganzjährige Nutzbarmachung des Ausstellungsraumes im Mühlistall wird mit 16:14 Stimmen abgelehnt.